

# Die Volks-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

**Bezugspreis:** monatlich 2 RM. einschließlich Zustellungsgebühren. — Bestellungen können mittels Postanweisung übergeben, oder durch den Postboten entgegen genommen. — Bitte den Namen und die Adresse anzugeben. — Die Redaktion: Halle-Saale, Leipziger Straße 1/102, Fernruf: Zentralamt 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 3608 und 3611. — Postfach 47. — Preis: 10 Pf.

**Halle-Saale**

Mittwoch, 25. Febr. 1925

**Anzeigenpreis:** Die Basisspalten 30 mm breit und 50 mm hoch, 10 Pfennig. Kleinere Spalten 5 Pfennig. Umkleispalten 10 Pfennig. Abdruck nach Art. 17 des Reichsgesetzes über die Presse. — Die Druckerei: Halle-Saale, Leipziger Straße 1/102, Fernruf: Zentralamt 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 3608 und 3611. — Druck von Otto Töle, Halle-Saale.

Nr. 47 a

# Mary über seine Fehlschläge im Reich und in Preußen

## Klagelieder vor westfälischen Zentrumsleuten

### Oppositionsreden gegen Mary

Hamm, 24. Februar.

Unter dem Vorhitz des Hg. Herold befaßte sich am Montag in Hamm i. W. der Provinzialparlament der westfälischen Zentrumsopposition zur Besprechung der politischen Lage. Die Besprechung beruht 7 Stunden des Vortrags des Reichstagsabgeordneten A. D. und Ministerpräsidenten Mary, den die Besprechung mit förmlichem Willkommen begrüßte. Mary befaßte die

### Regierungskreisen im Reich und in Preußen.

Er führte u. a. aus: Es ist hier bedauerlich, daß wir in einer Zeit, wo wir dem Ausland gegenüber als innerlich gescheitertes Volk bestehen sollten, uns in innerem Streit zerfleischen. Der Kampf geht so wohl im Reich wie in Preußen davon, ob die Regierungen mehr nach rechts oder nach links gebildet werden sollen. Vom Zentrumsstandpunkt aus und vom allgemeinen Staatsstandpunkt aus kann, nachdem das Parlament sich so entwickelt hat, nur auf der mittleren Linie gearbeitet werden. Der Kampf hat angefangen beim Damesquaden. Die Ansprüche der Deutschnationalen sind gescheitert an ihren Möglichkeiten. Es war für mich ferner aus politischen praktischen Gründen unerlässlich, daß von den den Franzosen zu Weisung und zu Zustimmung verurteilten Männern zugewandt würde, noch länger in ihrer traurigen Lage zu bleiben. Inmitten für nach den Wahlen vom 7. November sagte der Vorstand der D. W. B. den Beschluß, von der Regierung eine Erweiterung nach rechts zu verlangen. Er wurde in erster Linie aus parteipolitischen Gründen gescheitert. Ich habe sofort erklärt, das habe ich nicht gewollt. Ich bin ein Freund von reiflicher Klarheit. Ich kann es nicht ertragen, daß drei bis vier Wochen das Kabinett mit gebrochener Müdigkeit seine Arbeiten erledigen sollte.

Voran ging das Kabinett Mary im Reich zugrunde? An meiner eigenen Stellung. Ich habe zwei Grundfälle. 1. Ich sage mir: Wenn ich die Deutschnationalen aufnehme, müßen mindestens die Demokraten sich beschließen, weil sonst der Zentrumsminister nicht möglich gewesen wäre. Zentrumsminister, d. h. die Politik der mittleren Linie, zu treiben. Die Demokraten folgen oder nicht mit. 2. Der Vukher ist mir als Finanzminister unerträglich. Als er erklärte, bei seiner Revolution zu wollen, habe ich, wie ich sagte, die Rechte nicht als, als daß ich Sie aus dem Ministerium lasse. Ich habe außer für den einzigen Mann, der die Steuerreform und die Aufwertung zu lenken kann, es mir wünschenswert ist im Interesse der Bevölkerung, die früher durch die Inflation des Geldes gelitten hat, und im Interesse des Staates.

Zur

Rage in Preußen

führt der Redner aus: Warum wurde Sebring in das Kabinett genommen? Aus außen- und innenpolitischen Gründen. Außenpolitisch ist es wichtig, daß die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt ist und Sozialisten über einen nachgehenden Mann wie in Preußen in der bevorstehenden Sitzung. Wer ist zur Zeit in der Lage, die Ruhe so aufrecht zu erhalten, wie Sebring? Wenn man einen weiß, möge man ihn nennen. Wer vermag so die Kommunisten in der Unternehmung zu halten? (1)

Nach Dr. Mary sprach Abgeordneter Stegerwald. In seiner Rede war ein gewisser

Gegenstand zum Vordere

nicht zu verlernen. Er fällt in Preußen nur zwei Arten der Lösung der Regierungskrisis für möglich, entweder eine Lösung im Reich oder ein Beamtenkabinett. Unter den weiteren Rednern betrat der ehemalige Abgeordnete Domprobit Vinneborn die grundsätzliche Seite der Angelegenheit. Im besonderen zeigte er, daß die Verurteilung der betreffenden Außenminister auf ihr Gemüßen gerade wegen der Entscheidung wichtiger sozialistischer Interessen, die ihnen durch ihre Zustimmung zum Vorwurf gemacht werden müßen, im Verständnis finnen werde Die Entscheidung über das Mandat des Herrn v. Papen wird der Wahlkreisvertretung überlassen.

\*

Herrn Mary obige Behauptungen schmeden unbillig nach den Zeilenzeiten des reichsparlamentarischen Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses. Wenn Herr Mary tatsächlich der Meinung ist, die stärkste bürgerliche Partei des deutschen Reiches und damit die umfassendste Vertreterin der deutschen Produktionsarbeit, müsse von der Teilnahme an den Regierungsgeschäften deshalb ausgeschlossen werden, weil das feindliche Ausland es wünsche, so ist das eine sehr unbillige Maßnahme. Wenn Herr Mary tatsächlich der Meinung ist, die stärkste bürgerliche Partei des deutschen Reiches und damit die umfassendste Vertreterin der deutschen Produktionsarbeit, müsse von der Teilnahme an den Regierungsgeschäften deshalb ausgeschlossen werden, weil das feindliche Ausland es wünsche, so ist das eine sehr unbillige Maßnahme. Wenn Herr Mary tatsächlich der Meinung ist, die stärkste bürgerliche Partei des deutschen Reiches und damit die umfassendste Vertreterin der deutschen Produktionsarbeit, müsse von der Teilnahme an den Regierungsgeschäften deshalb ausgeschlossen werden, weil das feindliche Ausland es wünsche, so ist das eine sehr unbillige Maßnahme.

## Krafft an Dr. Stresemann

Berlin, 24. Februar.

Der Landtagsabgeordnete Hellmann hat im preussischen Landtag behauptet, daß Herr Krafft im Besitze eines Mandats für den Reichstag sei. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann hat daraufhin erklärt, daß er Krafft nicht als Mitglied des Reichstags anerkenne. Krafft hat daraufhin erklärt, daß er Krafft nicht als Mitglied des Reichstags anerkenne. Krafft hat daraufhin erklärt, daß er Krafft nicht als Mitglied des Reichstags anerkenne.

... Sehr geehrter Herr Vorkämpfer! Beunruhigt durch unsere heutige Unterredung, besaß ich mich, Ihnen ganz ergeben mitzuteilen, daß ich nie von Herrn Dr. Stresemann wieder eine mündliche noch schriftliche Empfehlung für Herrn Wittin erhalten habe, und daß damit die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hellmann mit in dem Mund gelegte Anschuldigung über den Konnerzminister Wittin und die damit in Zusammenhang stehende Verurteilung des Herrn Reichsministers Dr. Stresemann selbstverständlich meinerseits niemals gesten werden ist. Ich bedauere auf das Beste, daß mein Name in dieser Weise in Gebrauch worden ist und bitte Sie, dem Herrn Reichsminister Dr. Stresemann auf dem schnellsten Wege eine entsprechende Mitteilung zukommen lassen zu wollen.

In ausgeschiedener Hochachtung A. Krafft.

## Die Erkrankung des Reichspräsidenten

Berlin, 24. Februar.

Das Befinden des Reichspräsidenten ist nach der durch Hellmann vorgenommenen Operation zufriedenstellend. Die Krise ist zwar noch nicht ganz abgeklungen, aber ein Anlaß zu irgendwelcher Besorgnis besteht nicht. Die Reichspräsidenten, die von Berlin aus auf ihren Weg in die Provinz fanden, entschieden jeder Unterlage.

Die Presse befaßt sich im allgemeinen auf die Erkrankung des Reichspräsidenten und erörtert auch die berufliche Tätigkeit des Reichspräsidenten. Die Reichspräsidenten, die von Berlin aus auf ihren Weg in die Provinz fanden, entschieden jeder Unterlage.

### Dauer der Krankheit eingeteilt,

und es hat in diesen Streifen peinliches Verbleiben erzeugt, daß der „Vorwärts“ sogar Herrs Krankheit als geeigneten Anlaß anlaß, die Kapitalist des Reichstages anzuweisen. An der Krankheit des Reichspräsidenten ist es zu weniger fehlen, je mehr man auch auf der linken Seite diese selbstbestimmende Pflicht zu eigen macht.

### Ursachen der Krankheit

erfahren mit folgenden:

Aus den verschiedenen Ursachen des Reichspräsidenten in der Vergangenheit ist fast allem bekannt gewesen, daß er an den Gallenblase erkrankt hat. Die Ursache der Erkrankung ist nicht ganz bekannt. Die Operation hat die Möglichkeit der Diagnose festgestellt. Sie ist infanter zu rufen. Die Operation hat die Möglichkeit der Diagnose festgestellt. Sie ist infanter zu rufen. Die Operation hat die Möglichkeit der Diagnose festgestellt. Sie ist infanter zu rufen.

# Geheime der Mitglieder-Verwertungsstelle

## Unglaubliche Beunruhigungen für Kautischer

Berlin, 24. Februar.

Der preussische Untersuchungsanspruch für die Normalaffäre vernahm heute den Zeugen Handelsvertreter Wilhelm Kautischer, der Abteilungsleiter in der Abrechnungsabteilung der Mitglieder-Verwertungsstelle war. Kautischer sagte aus, er habe gemeinsam mit den übrigen Betriebsräten sich verpflichtet gefühlt, über die unglückliche Beunruhigungen der Mitglieder-Verwertungsstelle, Warnholz, Beschwerde zu führen und Strafamt zu stellen. Die Leitung der Verwertungsstelle habe an Kautischer Waren verkauft. Die Vertriebsstelle habe an Kautischer Waren verkauft. Die Vertriebsstelle habe an Kautischer Waren verkauft. Die Vertriebsstelle habe an Kautischer Waren verkauft.

gleichzeitig den Rosen des Vorstandes im Betriebsrat befreit, gibt an, daß in einem Falle beispielsweise an Kautischer für angeblich minderwertige Waren, die tatsächlich gar nicht minderwertig waren, ganze Waggons gratis als Entschädigung nachgeliefert wurden. Es wurde damals festgestellt, daß erhebliche Untergangsmittel mit Kautischer zusammenkamen, aber nicht der Beweis erbracht, daß dadurch ein Vorteil der Direktion entstanden sei.

Vom Ausschuss wird dann noch festgestellt, daß seiner Zeit, als die ersten Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium gepflogen wurden. Dr. Schulz Reichsminister war.

Der Zeuge Kautischer teilt dabei mit, daß in der Wohnung des Reichsministerpräsidenten Rudolf Schmidt eine Besprechung stattgefunden habe, wobei Rudolf Schmidt eine Absprache mit dem ganzen Angelegenheit aufgab. Es sei dann aber nichts mehr geschehen.

Es wurde dann weiterhin die Wohnungsangelegenheit besprochen. Stadtrat Wulff hatte aus den Urten festgestellt, daß der Auszug 1922 beschlossen hat, Kautischer, entgegen der ersten Entscheidung des Ministerpräsidenten, Wohnungsgemeinschaft in der Wohnung zu lassen. Kautischer habe damals die Wohnung schon länger als zwei Jahre innegehabt. Der Zeuge Magistratsrat Dr. Hauptmann vom Bezirksamt Kreuzberg vor 1922 Mitarbeiter beim Magistrat Berlin und hatte die Beschwerden im Wohnungsausschuss zu bearbeiten. Der Zeuge erklärte, daß für den Auszug die Laufsache maßgebend war, daß Kautischer eine 1919 erbaute Wohnung gekauft hatte und daß Kautischer bereits etwa drei Jahre im Besitz der möblierten und dann getauschten früheren Wohnung gewesen war. Als letzte Zeugin wurde Frau Körner benannt, die als Beamtin im Bezirksamt Wohnungsausschuss war. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Mittwoch 10 Uhr bezagt.





